

2575 /s

1992 -03- 0 9

Anfrage:

der Abgeordneten Madeleine Petrovic und FreundInnen

an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten

betreffend: Restriktive Visa-Praxis der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland

Immer häufiger werden an den Grünen Klub Vorwürfe von Österreichern, die Verwandte oder Bekannte im Ausland haben bzw. von langjährigen GastarbeiterInnen herangetragen, wonach die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland, insbesondere in den ehemaligen Ostblockstaaten, in China und in Staaten der Dritten Welt offenbar angewiesen sind, bei der Erteilung von Visa überaus restriktiv vorzugehen bzw. diese glattweg zu verweigern. Derartige Verweigerungspraktiken sind uns in zahlreichen Einzelfällen belegbar, obwohl die österreichischen Angehörigen Verpflichtungserklärungen abgegeben haben und bereit waren, für allfällige Kosten zur Gänze aufzukommen. In vielen Fällen wird auch eine Verschleppungstaktik praktiziert, bis eine allfällige Einladung - etwa durch das Ende von Schulferien - hinfällig geworden ist. Die unterfertigten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang die folgende

Anfrage:

1. Haben Sie veranlaßt, daß die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland in den ehemaligen Ostblockstaaten, in China und in Staaten der Dritten Welt extrem restriktiv vorzugehen haben? Wenn ja, warum? Wenn nein, wie erklären Sie sich dieses Verhalten der Behörden im Lichte der geltenden Rechtslage?
2. Wie beurteilen Sie dieses Verhalten der Behörden im Lichte der Bereitschaft der betroffenen Familien, für alle Kosten aufzukommen, sowie im Lichte eines verfassungsmäßig verankerten Prinzips der Achtung des Privat- und Familienlebens?
3. Wie stehen Sie persönlich dazu, daß die EWR- bzw. EG-Europastruktur Arbeitskräften aus Mitgliedstaaten jedenfalls Gleichstellung einräumt, während engen Familienangehörigen von in Österreich lebenden Familien immer mehr Hindernisse vor die Füße geworfen werden?
4. Wie stehen Sie persönlich zum Vorrang des Prinzips der Abwerbung von Fachkräften aus ärmeren Ländern gegenüber der Familienzusammenführung im Entwurf eines Niederlassungsgesetzes?